



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

349 (30.7.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-215473](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-215473)

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger · Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung · Welle u. Schall · Aus Feld und Garten · Wandern u. Reisen

Abzugspreise: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 10 Pfennig. Die monatlichen Bezüge vermindern sich bei zeitweiliger Abwesenheit der Abonnenten. Die Abzugspreise für die Provinz sind nach dem Tarif der Reichspost zu berechnen. Die Abzugspreise für die Provinz sind nach dem Tarif der Reichspost zu berechnen. Die Abzugspreise für die Provinz sind nach dem Tarif der Reichspost zu berechnen.

Die Lage in London

Die tägliche Zusammenkunft der Delegationsführer

Am Dienstag fand wie üblich eine Versammlung der Delegationsführer statt. Ferner tagte der erweiterte Juristenausschuss am Nachmittag. An den Besprechungen der großen fünf nahm gestern auch der amerikanische Botschafter Kellogg teil. In Besprechungen außerhalb der Konferenz war man weiter bemüht, eine Formel zu finden, die die verschiedenen Vermittlungsversuche vereinigt, um einen brauchbaren Vorschlag für die Wollkonferenz zustande zu bringen. Im allgemeinen ist die Stimmung ziemlich optimistisch. Auch die französischen Delegierten tragen eine zurechtfindende Stimmung zur Schau.

In unterrichteten Kreisen verlautet, der belgische Ministerpräsident Theunis hat erklärt, er wünsche den belgischen Außenminister Herriot zu den Besprechungen der Delegationsführer hinzuzuziehen. Herriot habe zugestimmt unter der Bedingung, daß der französische Finanzminister an den Beratungen teilnehmen darf. Heute findet noch keine Vollziehung statt.

Ueber den neuen französischen Kalkülplan besaßen Herriot eine Vertagung von 48 Stunden fordernde, wird seit wöchentlichen Sitzungen bewahrt. Man versteht, daß dieser Plan nicht als zu formalistisch an Worten und Paragraphen klammern werde, sondern daß er verstanden werde, wenigstens einen vorläufigen Ausweg zu schaffen. Nach einer Mitteilung offiziöser Charakter geht die Kompromißformel der französischen Delegation in London über die Frage der Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen dahin, daß die Reparationskommission im Falle der Nichterfüllung verpflichtet ist, die Frage der Einsetzung eines dreigliedrigen Komitees mit gleichberechtigten Vollmachten, dem ein Amerikaner angehören soll, anzuführen. Diese Formel habe bereits die Zustimmung Macdonalds gefunden, der einen englischen Sachverständigen beauftragt habe, mit den französischen Mitgliedern des ersten Ausschusses einen gemeinsamen Text auszuarbeiten. Die französische Delegation, so heißt es weiter, macht die endgültige Annahme des Kompromisses von bestimmten Konzessionen abhängig, die im dritten Ausschuss gefordert wurden.

Die Frage der Ruhräumung

Während nach einer halbamtlichen Mitteilung gestern in den Besprechungen zwischen den Delegationsführern die Frage der militärischen Räumung noch nicht zur Sprache gebracht sein sollte, wurde nach anderen Mitteilungen gestern beschlossen, diese Frage als außerhalb der Kompetenzen der Konferenz zu betrachten. Diese Frage müsse daher in der Hauptsache zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland behandelt werden, während die Delegierten Englands, Italiens und Amerikas einfach informiert werden sollen.

Die französischen Kompensationsforderungen für die militärische Räumung der Ruhr sind vorläufig noch außerordentlich hoch. Außer bestimmten Sicherheits-Garantien durch England und, wenn möglich auch durch Amerika, sein soll, haben die Franzosen auch noch finanzielle Forderungen in erheblichem Ausmaß gestellt. Sie verlangen u. a. daß England für die französisch-belgisch-italienischen Schulden ein langfristiges Moratorium gewähren und sich bereits jetzt bereit erklären soll, nach Ablauf des Moratoriums mindestens 1/2 der Schulden zu streichen und auf den Rest einen Zinseszins, auf Jahrzehnte befristeten Zahlungsplan anzuwenden. Ferner sollen die Vereinigten Staaten sich verpflichten, ihren europäischen Schulden ein langfristiges Moratorium zu gewähren und ihnen nach dessen Ablauf 1/2 der Schulden zu streichen. Der Rest soll in vier Jahren Jahresraten zurückgezahlt werden. Das ist nicht gerade bescheiden für die Aufrechterhaltung einer unerschütterlichen Handlung. Die Franzosen werden sich daher noch erhebliche Abstriche gefallen lassen müssen.

Nach dem Sonderberichterstatter des „Rein“ will man hauptsächlich verlangen, daß die progressive Räumung auf 12 Monate verteilt werde. Man will verhindern, die britische Behörde der Kölner Zone mit der Anwesenheit der Franzosen im Ruhrgebiet solange zu verbinden, solange die militärische Räumung nicht durchzuführen ist.

Der Berichterstatter des „Welt“ berichtet, daß gestern nachmittags die französischen und belgischen Sachverständigen gemeinsam die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes erörtert haben und verstanden werden, einen Räumungsplan aufzustellen. Dies seien die Sachverständigen, die auch den Plan der wirtschaftlichen Räumung ausgearbeitet hätten. Von beiden Seiten sei ein Entschluß vorgetrieben worden, von denen der französische von General und der belgische von dem zweiten Delegierten in der Rede, Gutt, herrühre.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ berichtet, die wirtschaftliche Lage, die er zu verzeichnen habe, sei die Wandlung Herriots in Bezug auf die militärische Befehle des Ruhrgebietes. Das Verdienst dafür, dessen Bedeutung man allerdings nicht übertrieben dürfe, müsse er General Raklet zuschreiben, der seit drei Tagen nicht aufhöre, Herriot zu beschämen. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die französischen Delegierten versuchen werden, die militärische Ruhrbefehle, die auf alle Fälle arbeitslos werden, wenn sie nicht mehr von der wirtschaftlichen Behörde befreit ist, während der Periode beizubehalten, in der man, wenn der Damesplan scheitert, nicht übersehen den Versuch machen könne, das Reine vom 11. Januar 1923 wieder aufzurichten. Es werde sich um Herriot, daß ein derartiger Plan nur Wert habe, wenn das Programm der militärischen Räumung der Kölner Zone mit der Räumung des ganzen Ruhrgebietes verbunden werde.

Verhandlungen und Verhandlungen

Der „Manchester Guardian“ fällt ein nicht gerade ermutigendes Urteil über die Londoner Konferenz. Das Blatt schreibt, die Konferenz habe allmählich aufgehört, ein Ereignis zu sein.

Die Frage der Garantien für die Anleihe bilde jetzt nicht mehr die Hauptsache bei den privaten Besprechungen. Französische Bankiers seien nach London gekommen, um Verhandlungen über die inter-alliierte Schuldfrage zu pflegen. Die militärischen und politischen Sachverständigen diskutierten über die militärische Räumung der Ruhr. Die Konferenz selbst, die zur Lösung eines rein wirtschaftlichen Problems einberufen war, scheine in den Hintergrund zu treten. Was gegenwärtig vor sich gebe, sei ein Geschäft um alle schwebenden diplomatischen, militärischen und finanziellen Fragen, die das Verhältnis zu Deutschland bestimmen. Man sei bei einer Art geheimen Genuev-Konferenz angelangt. Die französischen Bankiers wollten zunächst wissen, ob auf die Zulassung einer Anleihe für Deutschland eine englische Zahlungsforderung an den französischen Schuldner folgen werde. Den französischen Bankiers scheine es nicht darauf anzukommen, die industrielle Erholung Deutschlands zu beschleunigen.

Die Reparationskommission

hat in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung das Quantum der von Deutschland im Monat August zu leistenden Reparationszahlungen bestimmt. Am Laufe der Sitzung ist der Zeitpunkt der Abreise der Reparationskommission nach London nicht bestimmt worden, da sich der englische Delegierte Bradbury in London aufhält. Es sei wahrscheinlich, daß die Reparationskommission seine Rückkehr abwarten werde, um eine Entscheidung zu treffen.

Falls aber Sir John Bradbury nicht nach Paris zurückkommen würde, würden die Delegierten morgen in einer Sitzung sich über den Tag ihrer Abreise nach London verständigen, die unmittelbar bevorzusehen scheint.

Hughes Rundreise

Staatssekretär Hughes ist gestern vormittag mit seinen Kollegen von der französischen Anwaltsvereinigung in Paris empfangen worden. In einer Ansprache erklärte er: „Wir kommen, um in diesem unsichtbaren Tempel der Gerechtigkeit niederzuknien, in dem das Beste von dem vereinigt ist, was die Völker im Laufe der Zeit gelehrt haben. Die Verehrer des Rechts kennen keinen Unterschied der Rasse, des Landes und des Staates.“

Hughes soll nach einer Pariser Drahtung der „Post“, 2-3 Tage in Berlin bleiben und dann nach London zurückkehren. Am 15. August würde Hughes sich wieder nach Amerika einschiffen. Nach einer Londoner Drahtung desselben Blattes würde mit der Ankunft der deutschen Delegierten in London spätestens am Samstag morgen gerechnet.

Französische Kritiken an Herriot

V Paris, 30. Juli. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die Vollziehung am Montag hat die Londoner Konferenz ohne Zweifel einen kleinen Schritt vorwärts gebracht. Die wichtigsten Fragen aber, die sie über einer Woche beschäftigten, hatten nichts Besseres als die Lösung, und eine allgemeine Einigung, wie man sie auf Ende dieser Woche erhofft, wird nach den optimistischsten Vermutungen noch mindestens zehn Tage auf sich warten lassen. Einzig die Tatsache, daß die 3. Vollziehung den Bericht der beiden juristischen Experten und den Bericht der 2. Kommission über die Herstellung der wirtschaftlichen und statistischen Einheit des Reichs genehmigte, kann als ein Erfolg der Konferenz bezeichnet werden. Die Verhandlungen der Unterhandlungen mit der deutschen Delegation sind festgelegt und das System des Zwangs und der Eintreibung, wie es am 11. Januar 1923 im Ruhrgebiet errichtet wurde, wird also in zwei Monaten verschwinden. Was die militärische Räumung der Ruhr anbetrifft, so hat sich der Ton der Entrüstung, der gestern noch in nationalistischen Kreisen tobte, allmählich gelegt. Die Absicht der Engländer, die Zone von Köln anfangs des nächsten Jahres zu räumen, wird heute als ein Bluff gebildet. Wenn Frankreich auf das Ansehen, seine Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen nicht eingehen werde, es sich England zweimal überlegen, den Kölner Brückenkopf zu verlassen. Köln sei sowohl in wirtschaftlicher, als auch in strategischer Beziehung ein so ausgezeichnetes Stützpunkt, daß die englische Regierung ihn wohl nicht so leicht preisgeben wird. Man erhofft aber die französischen Delegierten recht deutlich, so sagen, daß auf keinen Fall die Räumung Kölns Frankreich hindern könnte, an der Ruhr zu bleiben.

Recht skeptisch wird hingegen in Paris die Tatsache aufgenommen, daß Macdonald entgegen seiner ursprünglichen Absicht keine Zustimmung dazu gegeben hat, die Deutschen erst dann zur Konferenz einzuladen, wenn die Alliierten über die Hauptfragen, die den 2. Kommissionen unterbreitet wurden, sich einig haben. Man findet hier, daß das nur den einfachsten Vorhintergrund entspricht; denn nur so werde vermieden, daß sich die „deutschen Intrigen“ unter den uneinigen Alliierten ausbreiten und die Interessen der Alliierten schädigen könnten. Nichtsdestoweniger tadelt man in gewissen Kreisen, daß der französische Jurist im Prinzip die Weisheitsbegabung der Deutschen bei der Behandlung gewisser Fragen anerkennt hat, während nach nur wenigen Wochen die juristische These am Quai d'Orsay war: Deutschland könne nicht zu Verhandlungen zugelassen werden. Als besonders „Genieschrei“ Herriots betrachtet man die Einladung der französischen Bankiers nach London. In den Oppositionskreisen bezeichnet man diesen Schritt Herriots als ein kindliches und ungeschicktes Manöver, denn Frankreich könne und wolle nicht die Anleihe zugunsten Deutschlands oder auch nur einen Teil davon übernehmen. Es habe Deutschland schon zu viel Reparationsgelder „vorgeschossen“, als daß das französische Publikum auch noch für diese Anleihe zu haben sei. Wenn aber die französischen Bankiers dennoch ihren Kollaps leeren und die Anleihe zeichnen wollten, so brauche man nicht nach London zu gehen, um dort auf politischen Boden zu gehen, für eine Anleihe, deren Erfolg doch ganz von Frankreich abhängt. Man glaubt die Anwesenheit der französischen Bankiers in London habe absolut keinen Sinn. Das Beste wäre, sie heimzuschicken und sie erst zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder zu berufen.

Sehr beachtenswert ist die in nationalistischen Kreisen jeden Tag größer werdende Unzufriedenheit mit der Haltung Herriots auf der Londoner Konferenz. Die Oppositionskräfte richten immer schärfere Angriffe gegen den Ministerpräsidenten. Eine Politik der Schwäche und der Nachgiebigkeit ist nach das Gerüchte, was ihm vorgeworfen wird. Man schlägt häufig vor, einen Vertreter nach London zu schicken, damit dieser die konjunktiven Ideen Herriots in Ordnung bringe und ihm Mut zuspreche auf seinem schweren Gang nach Gaijath. Was Herriot heute in London treibe, sei nur ein Schalten der kraftlosen Politik im 1923.

Die Unruhe auf dem Balkan

Bolschewistische Umtriebe

Wien, 28. Juli.

Der Weltkrieg hat vor zehn Jahren von der Balkanhalbinsel seinen Ausgang genommen. Und gerade jetzt, da die Weltlage an die Schicksalschwende der Menschheit heranrückt, beruht im Südosten Europas allgemeine Unruhe und eine überaus gereizte Stimmung. Diese Tatsache läßt sich nicht hinwegleugnen oder durch amtliche Erklärungen unwirksam machen. Sie bleibt bestehen, wenn man auch die vielen Sensationsmeldungen gebührend überflüssigt. Wie einstens die Zaren die russischen Bolschewisten die Balkanhalbinsel hinstellen ließen, so suchen nun die Bolschewisten in Moskau durch Geld Verwirrung zu stiften. Sie haben den Südosten Europas niemals aus den Augen verloren, aber es scheint, daß sie gegenwärtig daran denken, die Entfesselung der „Weltrevolution“ statt im Westen auf der Balkanhalbinsel zu betreiben. Nebenfalls hat ein unvorsichtiges Wort von Sinowjew diese Absichten verriet. Doch auch die Taten sind Beweis genug. Die Verbrüderung mit Radie, mit dem Bauernkönig von Kroatien, hängt mit den Plänen, die man in Moskau ausgedacht hat, eng zusammen. Ebenso ist nun das Aufkommen der kommunistischen Agitation an verschiedenen Punkten kein Zufall. Der Belagerungszustand in Bukarest und in anderen Teilen Rumäniens ist mit der Revolution zu erklären, die durch das Verhalten Rußlands ausgelöst wird. Ruß doch eine Ausräumung des kommunistischen Elements in der Hauptstadt besonders die Straßen in Erinnerung, die auf das Verlangen nach der Änderung der Regierungsform und nach der Aufhebung der Verfassung gelegt sind. In Bulgarien zeigen sich die Kommunisten, die sich beim Sturz des Bauernfürstens Stambuliski ruhig verhalten haben, außerordentlich tätig. Sie haben mit den Anarchisten im Bunde und legen es offensichtlich auf Putsch an. Jugoslawien hat vor einiger Zeit einen vernichtenden Erfolg gegen die kommunistische Organisation geführt u. die Bewegung rückschrittlich niedergebunden. In den letzten Wochen ist man jedoch zur Ueberzeugung gekommen, daß Moskau unter geleiteter Firma weiter arbeitet und eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Den Bolschewisten kommen allerdings die innerpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Balkanstaaten sehr zuhaken. Überall gibt es politische Parteien und Verfassungen: die Serben ist allortieren zu Gost. Um gleich mit Rumänien zu beginnen, mit diesem Lande, das über die Kornkammern des Banats und Bessarabiens verfügt, dessen Boden Kohle und Erz und vor allem das Kaspische Gold — Petroleum — birgt und das dennoch keine Anleihe zu bekommen vermag. Die Revolutionen Brasiliens hat bei den letzten Wahlen geliebt, geliebt wie sie wollte. Aber die Opposition ist trotzdem stark, viel gefährlicher als die Zahl der Parlamentarier vermuten läßt. Der ehemalige Ministerpräsident General Avareira, dem schließliche Reaktionen nachgelassen werden, will nicht nur dem Rückblick leben, sondern neuerdings zur Macht aufstehen. Die Rumänen, das sind die Ungehörigen der Bauernpartei in Strumänien und die Anhänger der siebenbürgischen Nationalpartei, können sich gleichfalls nach der Herrschaft und auch die Gruppe um Professor Jordica, die in den Kreisen der Intellektuellen wurzelt, ist nicht müde. Von allen Seiten häuft die Opposition gegen Brasiliens vor, und die Liberalen, die er führt, wären schon aus dem Saal amvoren, wenn sie nicht die Gewalt zur Hilfe rufen würden. Die Klagen über die Korruption verhallen die Luft noch mehr.

In Bulgarien läßt die Revolutionen Antonow auf wachen Kehlen. Sie behauptet sich zwar schon etwas länger als ein Jahr, aber hat noch keine ruhige Stunden gehabt. Die erste Schmachung ist durch den Abfall der Sozialdemokraten einsetzten, die sich nach der Wiederherstellung Stambuliskis der Koalition anschlossen. Viel schwerer fällt jetzt jedoch der Umstand ins Gewicht, daß sich die Maschinerie, die bisher die Herrschaft bildeten, abzuwehren haben. Ein Vertreter des revolutionären macedonischen Komitees, der Wojwode Kichanoff, der sich dieser Toos in Wien aufhielt, meinte, daß dieser Wandel in den Empfinden für den Ministerpräsidenten Antonow von furchtbarer Bedeutung sein werde. Nun, die Zukunft wird zeigen, wer Recht hat, die Optimisten, die an den Fortbestand des kommunistischen Regimes in Bulgarien glauben, oder die Kinder nachender Stürme. Eine unerschütterliche Fortsetzung von dem politischen Stimmungswechsel, das in dem Reinen Lande heißt, müde einige niederer Riffen geben. In Sofia werden 16 Militär erziehende Anstalten, 4 Morgenblätter und 20 Wochenblätter zerstört. Da ist es schwer, die Defensivität zu betriebliden, allen zu Gesicht zu stehen oder auch nur die goldene Mittelstraße einzuschlagen.

Für Griechenland gehört das politische Chaos fast zum Normalzustand. Der Kampf der Parteien hat das Land schon oft erschüttert und an den Rand des Abgrunds gebracht. Das war so in den Zeiten des Königtums und das ist in den Tagen der Republik nicht anders geworden. Nach der an deutschen Universitäten gebildete Papandjassiu fiel den Fraktionsstreitigkeiten zum Opfer, der Saht nach persönlicher Politik, der Unfähigkeit zur sachlichen Einstellung der Abgeordneten. Wo sind die schönen Programmpunkte vom März? Die griechische Regierung ist über recht häßliche Zwischenfälle geläufig. Der neue Ministerpräsident Sifalis steht aber nur an der Spitze einer ganz schwachen Gruppe — kaum ein Duzend Bolschewisten harrt sich um ihn — und er bleibt deshalb bei Schritt und Tritt auf fremde Unterstützung angewiesen. Das ist in Griechenland ein bitteres Los. Die Unfähigkeit dauert also fort und von einer geradlinigen Entwicklung kann nichts wahrgenommen werden. Auch in Albanien, diesem Staat, der als organisches Gebilde, als feste Einheit mehr in der Phantasie und in den Gesetzbüchern als in der rauhen Wirklichkeit vorhanden ist, befindet sich noch alles in Fluß. Die Juni-Revolution dürfte kaum der letzte gewalttätige Umsturz sein und Jan Rakl, der augenblickliche Herr, kennt wohl die wahre Lehre, daß niemand vor seinem Tode glücklich zu preisen ist. An sich wäre es freilich gleichgültig, welche Partei in Albanien gebietet und welche Gegenstände zu erwarten sind. Aber das Land liegt an der Küste des Adriatischen Meeres, der von Übersiedelungen umspielten Adria...

In Jugoslawien ist wieder einmal eine Regierungskrise ausgebrochen. Wer könnte sagen, zum wievieltenmale der alte Balkan um die Macht ringt. Seine Lösung lautet jetzt: Neuwahlen! Durch den Eintritt der kroatisch-republikanischen Abgeordneten in die Nationalversammlung — die Anhänger von Radie haben den Weg nach Belgrad jährelang versperrt — hat die Regierung Pasko-Prizic die Mehrheit im Parlament verloren. Die Opposition — in sich freilich gespalten — lehnt jedoch mehr oder minder heftig die bestehende Verfassung des S. J. S. Staates ab. Am meisten haben dabei natürlich die kroatischen Bauern, die übrigens durch den Pilgerzug ihres Führers nach Moskau in Verwirrung gebracht worden sind. Jedenfalls läßt der Zentralismus in Jugoslawien auf harten Widerstand. Die Kroaten und Slowenen wollen ihn einschließen zurück und unter den Serben wären die Demokraten bereit, Zugeständnisse zu machen. Doch Bosnie und in erster Linie Prebilene bleiben unzugänglich.

Wohin man blickt, überall findet man eine innerpolitische Krise, Verfassungskämpfe, nationale Streitigkeiten. Auf dem Balkan gibt es, jeder Staat hat seine Rolle. Das weiß man in Moskau und deshalb schürt man seine Eiferer. Der Rubel rollt weiter, wieder wie vor zehn Jahren.

Wiederzusammentritt von Kammer u. Senat

Telegraphische Berichterstattung Herrlots
In Kammer und Senat die beide gestern nachmittag ihre Sitzungen aufgenommen haben, wurde ein Telegramm Herrlots aus London erhalten, in dem er Bericht erstattet über den Stand der Arbeiten der Konferenz.

Zu Beginn des Telegramms wird gesagt, die Regierung hätte gern, sich selbst vor das Parlament begeben zu können, um ihren Teil eines Abkommens zu übermitteln, an dem seit zwei Wochen in London gearbeitet wird. Aber trotz der Anstrengungen seien die Beratungen noch nicht beendet. Herrlot erklärt sodann, daß die erste Kommission, die sich mit den Verletzungen und Sanktionen zu beschäftigen hat, einmütig Beschlüsse angenommen habe, die die Vertreter der Anleihebesitzer für unbefriedigend erklärt hätten, um den Erfolg der vorgeschriebenen 800 Millionenanleihe zu sichern.

Schließlich wird in dem Telegramm noch mitgeteilt, daß über die Autarkie der Deutschen zur Londoner Konferenz leicht ein Einverständnis über die Vorklässe erzielt worden sei, die ein französischer und ein britischer Jurist übermitteln hätten. Herrlot gab dann Kenntnis von dem am Montag gefassten Beschlusse und fuhr fort, die Verhandlungen der Konferenz, die noch viele Schwierigkeiten bereiten, würden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die französische Regierung werde mit dem besten Willen die Vertretung der Rechte Frankreichs, die Wiederherstellung eines inneralliierten Einverständnisses und die Verwirklichung des Friedens fördern. Es sei unübersehbar, die Ergebnisse dieser Beratungen dem Parlament zu übermitteln, sobald ein Abbruch erfolgt sei. Über den Tag, an dem diese Beratung stattfinden soll, müsse man sich noch verständigen.

In der Kammer wurde das Telegramm von der Linken mit Beifall aufgenommen, während die Mitte und die Rechte schweigen. Nach der Verlesung des Telegramms vor dem Senat wurde die Sitzung sofort ausgesetzt. Hader hätte der Justizminister dem Senat die Annahmefristen unterbreitet, die an die beiden Vorklässe übermitteln wurde. Im amerikanischen Senatssitzungssaal fand die Londoner Konferenz zur Debatte. Es wurde jedoch beschlossen, die Diskussion zu vertagen. Ein Senator brachte die Rede auf die Frage der Präsidentenwahl und schloß vor, in Deutschland händelte Kontrollkommissionen mit der Kontrolle zu betrauen, den Völkern über den Stand der deutschen Wirtschaften fortzusetzen zu unterstützen. Dieser Vorschlag wurde an die Regierung weitergeleitet.

Neue Dokumente zum Kriegsausbruch

Wer hat Jaures befehligt?

[7] Berlin, 30. Juli. (Von unv. Berl. Büro.) Die Deutsche Rundschau veröffentlicht in ihrem demnächst erscheinenden Heft eine Reihe neuer Dokumente aus dem russischen Archiv über den Kriegsausbruch. Darunter befindet sich ein geheimes Telegramm des ehemaligen Botschafters in Paris Simonsin an den russischen Außenminister, datiert vom 17. Juli 1914. Darin berichtet Simonsin von einer Unterredung, die er mit Jaures, dem damaligen Präsidenten der Republik gehabt habe, der auch der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Oberbefehlshaber des Heeres waren. Dabei kam auch die Rede auf Jaures. Simonsin sagt: „Ich stelle die Frage, wie sich im Kriegsausbruch Jaures verhalten würde, der in seiner Stellung „humanitäre“ die Wünsche der Regierung bekämpfte. Er habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Arbeiter und Spielfeld mit dem Gedanken des Generalstreiks“. Der Kriegsminister erwiderte ruhig oder bestimmt: „Dafür ist gesorgt“. Jaures gab hierzu keine Erklärung. Nach einem Augenblick peinlichen Schweigens teilte er mit, daß Jaures Herde ihn durch Briand die Zustimmung gegeben habe, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Massen zugunsten des gefährlichen Untergrundes aufwenden würde, um dieses für den Krieg zu befeuern.

Charles A. Hornum, der die russischen Dokumente in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht, meint, die geheimnisvollen Worte des Kriegsministers „Dafür ist gesorgt“, können sich ganz gut auf die unbestreitbare Tatsache beziehen, das der Name Jaures sich auf der Liste des berühmten „carnet b.“ befände. Dieses war ein Verzeichnis von 2000 Personen, das mit Hilfe des Kriegsministeriums von der russischen Generalstab angefertigt und bei dieser für den Kriegszustand deponiert war. Es waren die Namen aller derjenigen Personen in ganz Frankreich, u. a. auch die der eingeborenen Oberen in Algerien und Tunis, die eine kriegerische Wirkung ausüben konnten und die sofort vor Kriegsausbruch verhaftet und interniert werden sollten. Trotz dieser Deutung glaubt doch auch Hornum aus den Begünstigungen, die der Rührer Jaures, Willain, erhalte, daß man es im Falle Jaures für opportun halten haben könnte, ganze Arbeit zu machen.

Die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls

[8] Berlin, 30. Juli. (Von unv. Berl. Büro.) Die Lösung, die der deutsch-russische Konflikt gefunden hat, ist erkennen, daß die deutsche Regierung wohl mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage der Sowjetregierung in recht berücksichtigender Weise entgegengekommen ist. Immerhin wird man, um das Ergebnis der sehr langwierigen und schwierigen Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau richtig einzuschätzen, sich der ursprünglichen Forderungen der Russen erinnern müssen. Sie hatten in ihrer Note vom 12. Mai, unmittelbar nach der nicht gerade geschickten Note der russischen Handelsvertretung neben der Forderung nach einer unverzüglichen formellen Entschuldigung und einer sofortigen Bestrafung aller Beamten die kategorische Erklärung von der deutschen Regierung verlangt, daß die russischen Handelsvertretungen künftig als extraterritoriale Teil der russischen Botschaft betrachtet werden müssen. Es war klar, daß ihnen damals der Zustandfall einen willkommener Anstoß bot, dieses lang ersehnte Ziel zu erreichen. Die Extraterritorialitätsfrage hat daher stets im Mittelpunkt der diplomatischen Verhandlungen gestanden. Von russischer Seite ist immer wieder versucht worden, Ansprüche in der angegebenen Richtung geltend zu machen.

Für die deutsche Regierung stand von vornherein fest, daß sie sich auf eine solche Konzession nicht einlassen könne. Andererseits mußte die deutsche Regierung darauf Rücksicht nehmen, daß in dem deutsch-russischen Abkommen von 1921 etwa 12-15 Millionen der russischen Handelsdelegation Extraterritorialität zugesprochen war, die sich nach allgemeiner juristischer Auffassung nicht lediglich auf diese Verhältnisse, sondern auch auf deren unmittelbaren Arbeitsbereich erstreckte. Nach beiderseitigem Nachdenken drehte sich die Frage dann schließlich nur noch um das Ausmaß, das dieser Extraterritorialität zu geben sei. Hierbei ist es den Deutschen dann weniger auf die Zahl der Räume angekommen als vielmehr auf das Prinzip, daß das Institut der Handelsdelegationen als solches nicht der diplomatischen Vertretung gleichgestellt werden dürfe. In dieser Form ist dann auch, wie aus dem Protokoll hervorgeht, der von Deutschland eingenommene Standpunkt zu seinem Recht gekommen.

Auch in den übrigen Punkten sind die Russen um ihren anfangs sehr harten Forderungen zurückgewichen. So hat die Reichsregierung eine formelle Entschuldigung in Moskau abgegeben und es ist bei der einfachen Mitteilung geblieben, daß die schuldigen Beamten entsetzt und bestraft seien. Wie viel Wert der russischen Zustimmung, die Beamten und Angestellten der Handelsvertretungen für künftigen nicht in deutsche politische Verhältnisse einmischen würden, beizumessen ist, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen überaus zweifelhaft.

Berliner Pressestimmen

Der unter lebhaften Bemühungen des grundsätzlich russophilen Staatssekretärs v. Malchow zustande gekommene deutsch-russische Ausgleich hat, und das mit Recht, eine schlechte Presse. Sogar der „Vorwärts“ hält sich für verpflichtet, mit besonderer Betonung den Wunsch auszudrücken, daß Einmischungen in die innerdeutschen Verhältnisse hinsichtlich von russischer Seite unterbleiben müßten, wenn die „Freundschaft“ auf dem Boden der Gleichberechtigung hergestellt werden soll. Von der Gegenseite geht der „Lobappell“ aus diesen Abkommen den Schluss, daß die außenpolitische Autorität der Regierung vor aller Welt sichergestellt werde. Auch das „V.T.“ findet es bedauerlich, daß die Regierung des Vorwärtens der Polizei bei vollkommen desinteressierten. Restlos glücklich ist allein die „Rote Fahne“. Sie jubelt: Sowjetrussland erhält volle Bemächtigung. Wem wäre in diesen Tagen zu gratulieren?

Das Doppelspiel der Deutschnationalen

Die deutschnationale Presse versucht offensichtlich im deutschen Volk die Meinung zu erwecken, als ob die Regierung Warg-Stresemann und die Regierungsparteien, vor allem auch die Deutsche Volkspartei ihren Standpunkt gegenüber dem Sachverständigenrat schon ganz plötzlich geändert hätten und jetzt erst die Forderungen erheben, welche die Deutschnationalen von jeher erhoben hätten. Wer sich an die deutschnationalen Wahlreden erinnert, angefangen bei Herrn Herpt, der die Herren Warg und Stresemann wegen der Annahme des Sachverständigenrats vor den Staatsgerichtshof gezogen hätte, der weiß, daß jene Taktik der deutschnationalen Presse nichts anderes bedeutet, als vor der Wählermasse die deutschnationale Wahlpolitik zu verfeinern und langsam zu der verständigen, allein möglichen Politik, wie sie die deutschnationale Fraktion jetzt im Reichstag vertreten läßt, überzuführen. Über es gibt auch jetzt noch Rückfälle in die Zeit der Wahlrede, die die deutschnationale Taktik nur allzu deutlich verraten. Einiges Rückfälliges hat sich vor kurzem bei deutschnationalen Wählern sehr deutlich gemacht, derselbe Herr Berndt, der am letzten Freitag im Reichstag so „Nationalmännlich“ zu reden versucht hat. Dieser Herr Berndt hat am 3. Juli in einer deutschnationalen Wählerversammlung in Schöneberg nach einem Bericht des „Vorwärts“ zum Sachverständigenrat gesprochen.

„Das Sachverständigenratgutachten in seiner letzten Gestalt müßte ganz abgelehnt werden. Das Volk habe sich am 4. Mai gegen die Regierung Warg-Stresemann ausgesprochen. Die Regierung müsse gestürzt werden und dann müssen die Deutschnationalen wieder in die Macht und in die Regierung. Er könne voraussetzen, daß die Regierung spätestens mit Ende des Monats bei Beratung des Sachverständigenratgutachtens zurückweichen werde. (Großer Beifall.) Das Gutachten selbst sei schlimmer als ein zweites Versailles... Stresemann erlerne gewissenlos die Schuld Deutschlands an. Wer das tut, ist entweder ein Verbrecher oder ein Verbrecher... Die Regierung, die das Volk systematisch belügt und betrügt, gehört vor den Staatsgerichtshof.“

Hier haben wir die deutschnationale Wahlpolitik, wie sie momentan getrieben worden ist, in ihrer ganzen Nacktheit vor uns. Man kann angefaßt dieses Beispiel als rühmliche Offenheit überfallen, zu entscheiden, wer sich nun eigentlich dem anderen gegenüber hat. Aber abgesehen davon möchten wir doch an dieser Stelle erklären, daß die Behauptung, Stresemann erlerne gewissenlos die Schuld Deutschlands an, eine Unverschämtheit ist, dergleichen ist, die besonders dem gut zu Gesicht steht, der am Freitag im Reichstag den Patrioten gepöbelt und erklärt hat, die Kriegsschuldfrage sei keine Parteifrage, sondern müsse vom ganzen Volk entschieden werden. Man versteht es immer mehr, warum der deutschnationale Fraktionsvorsitzende gerade diesen Herrn nicht als Redner vorschicken wollte.

Wie die „Zeit“ aus den Korrekturbogen ersieht, läßt die Landesgruppe der Deutschnationalen Fraktion in ihrem Agitationshandbuch hinter das Kapitel „Kriegsschuldfrage“ einfügen:

Für Soldaten

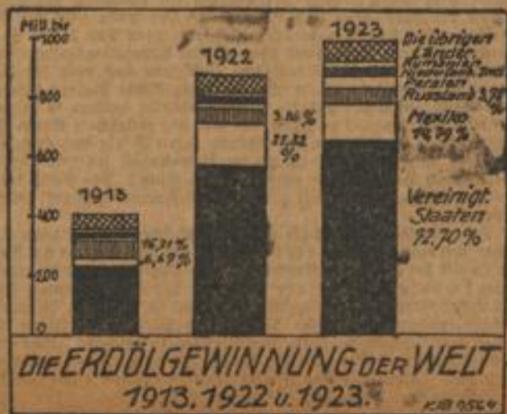
Die Schuldfrage ist ein wertvolles Mittel, um politischen Gegnern ihre nationale Minderwertigkeit nachzuweisen. Das größte Unglück ist, wenn der Herr Barrethner auch gegen die Schuldfrage ist. Dann erwidere man ihm: „Ja, der Herr Barrethner hat mich die Schuldfrage mit großen Worten blümpelt!“ Aber, meine Herren, genügt denn das? — und spreche dann über die Luftenfrage.“

Im Reichstag sagte, wie oben erwähnt, der deutschnationale Wähl. Berndt, der Kampf gegen die Schuldfrage sei nicht Parteiache, sondern Volkssache. Für den deutschnationalen Agitator oder ist es „das größte Unglück“, wenn auch der „politische Gegner“ den Kampf gegen die Schuldfrage führt. Ein sehr seltsamer Widerspruch in die deutschnationale Parteipolitik!

„Politik“ der Unverantwortlichen

In Russes „Deutschem Tageblatt“ wird eine gepreßte Rundgebung der nationalsozialistischen Freiheitspartei gegen das Demagogentum veröffentlicht. Die Rundgebung beginnt mit den Worten: „Die Regierung Warg-Stresemann, die im Widerspruch mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung die Geschäfte führt...“ und erklärt dann, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung die von der Regierung gegebene Zulage als bindend nicht anerkenne. Sie macht die allerbittersten Klagen in aller Form darauf aufmerksam, daß sie sich im gegebenen Fall alle Schritte vorbehalte. Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung bestreite sich also offenbar schon im Zukunftspiegel, wie sie die volle Macht ergreife. Zum Schluss wird vom Reichstag „erwartet“, daß er entweder die Zustimmung zu den Ausführungsregeln erteile oder zur Auflösung schreiten würde.

Wie der Reichstag zu seiner Auflösung schreiben soll, das bleibt einstweilen noch das Geheimnis der nationalsozialistischen Stillisten.



Badischer Landtag

St. Karlsruhe, 30. Juli. (Fig. Bericht.)

Das Haus setzte in der gestrigen Nachmittagsitzung die Beratung des

Staats des Ministeriums des Innern

fort; die Tribünen sind nicht besetzt. Abg. Siegelmaier-Rangenhöfen (Ztr.): Die Not der Landwirtschaft ist zur Zeit sehr groß. Der kleine Landwirt ist der Verarmung unter den Armen. Die Landwirtschaftskammer hat großes Interesse. Alle müssen zusammenstehen, um der Landwirtschaft aus der Kreditnot herauszuhelfen. Geht es der Landwirtschaft gut, so geht es allen gut.

Abg. Dr. Matthes (D.D.) fordert möglichst Dezentralisation in der staatlichen Verwaltung. Wenn man sich auf das Bundesniveau beschränkt, könne nach manchen gespart werden. Die Forderung der Presseabteilung mit drei Regierungsräten sei sachlich nicht zu begründen. Dem demokratischen Antrag auf Aufhebung des Besoldungssperregesetzes würde keine Partei zustimmen. Der Redner wünscht, daß die wirtschaftliche Vertretung in Berlin bei einer Vergrößerung des Arbeitsgebietes mit einer zweiten Hilfskraft besetzt werde und tritt für den Schutzfall als eine Angelegenheit der gesamten Landwirtschaft ein. Eine freihändlerische Entwicklung wie in England, würde zu einer Katastrophe führen. Die wirksame Förderung der Landwirtschaft werde durch einheitliche Zusammenfassung in der Landwirtschaftskammer erreicht; besonders die Selbständigmachung der Staatskasse sei wünschenswert. Wir müssen den Mut aufbringen, das Währungsrecht einzusparen, sonst kommen wir zu über allen Maßnahmen, die noch größere Schäden bedeuten.

Abg. Ritter (Komm.) bespricht sich über die Beobachtung der kommunikativen Partei durch Polizeispäher und Arbeitermittlungsstellen. Die Entsendung von Späherbeamten nach dem oberhessischen Grenzgebiet (Stengoch) sei eine neue Probeleistung. (Minister Kemmerle: Eine unerhörte Unverschämtheit!) Die weiteren Ausführungen des Redners, die sich u. a. gegen die Gründung eines Arbeiterführerbundes und des Reichsbanner (amars-rot-gold) richten, sind von großer Unruhe begleitet. Er beantragte, die Ausgaben in Titel 5 (Polizei) und Beihilfen (Dienst) und 6 (Landwirtschaft) zu streichen und diese Summe für die Heil- und Pflegeanstalten zu verwenden.

Abg. Rues (Woz.): Die Arbeiterschaft kann sich mit dem Schutzgeld nicht befriedigen. Die Kleinsten und mittleren Landwirte werden wieder die Leidtragenden sein. Die Belastung wird nur von den großen Massen getragen werden müssen.

Abg. Weiskopf (Ztr.): Die wachen keine Verprechungen, die mir nicht erfüllen können. Die kleine Landwirtschaft leidet am härtesten unter der Steuerlast. Die Produktion muß gefördert werden durch Schutzgelder. Die Arbeiterschaft hätte allen Grund, einen scharfen Protest besonders für verarbeitete Produkte zu fordern, um die deutsche Arbeit zu unterstützen. Die Landwirtschaft schafft neue Werte.

Darauf folgt eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen dem Landtag und dem Zentrum über angebliche unliebsame Vorfälle auf der Schwarzreise der Landwirtschaftskammer. Die Unruhe wird so groß, daß der Präsident droht, die Sitzung zu schließen.

Abg. Wehemann (Ztr.): Für die durch Hunger und Unruhe geschädigten Landwirte eröffnen sich trostlose Aussichten. Die Regierung muß hier entgegenkommen durch Stundung von Steuern.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus auf heute Vormittag 8 Uhr.

Wieder eine neue Partei

In Mannheim ist dieser Tage eine neue Partei und zwar die „Unabhängige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung“ gegründet, deren Leitmotiv großdeutsch-sozialistisch und sozialistisch sind und die sich auf republikanischen Boden stellt. Die Unabhängige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung legt sich los von allen bürgerlichen Parteien und baut sich in unabhängiger Weise auf nationaler und sozialer Grundlage auf, ferner bezieht sie die republikanische Staatsform und lehnt jeden gewaltsamen Umsturz ab. Als Gründer zeichnen Richard Gerber, Paul Janßen und Otto Müller, sämtlich aus Mannheim.

Lezte Meldungen

Eine neue Hochwasserkatastrophe in China

Shanghai, 30. Juli. Die erst kürzlich von einer Hochwasserflut heimgesuchten Provinzen Chinas sind von einer neuen Überflutung betroffen worden. Nach einem Telegramm der „New York Times“ sind über 1000 Dörfer bis auf den Grund überflutet. Auch die Stadt Tientsin ist bedroht. Die Zahl der Wohnungslosen beträgt zwei Millionen. An mehreren Stellen sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen. Für Peking besteht die Gefahr, daß es vom Verkehr abgeschnitten wird. Die Überflutungen haben ungeheure Verheerungen verursacht.

Kassel, 30. Juli. Am 3. August wird ein Totengeburtstag abgehalten werden, bestehend im Schmücken der Kriegsergräber und Beflaggung der Stadt auf halbes, Trauergottesdienst in allen Stadtkirchen unter Beteiligung der Behörden und Trauergäste. Am 11. August wird eine Verfassungsfeier stattfinden. Am Abend wird ein Volksabend mit Konzert im Volkspart und Schloßbesuchung mit Feuerwerk abgehalten. Die Wiederaufnahme der Arbeiten zur Durchsicherung der Wurgtaube wird nach den geführten Verhandlungen davon abhängig gemacht, daß die interessierten Länder Baden und Württemberg und die in Betracht kommenden Städte gegen Verhinderung des erforderlichen Kapitals von 4-5 mal Hunderttausend Mark vordrücken würden. Der Stadtrat von Kassel wird den Betrag von 50 000 Mark zuschießen.

Herford, 30. Juli. Am Montag nachmittag ereignete sich ein schweres Unglück in dem oberirdischen Hoehnhöhlen in der Nähe des Ränglerdammes der rheinisch-westfälischen Kohlenwerke. Über eine etwa 12 bis 13 Meter lange Brücke war ein Unfall geschehen, an dem 12 Arbeiter ums Leben kamen. Am Samstag war die Brücke von der Bahn zum erstenmal benutzt worden. Als getrennt nachmittag ein mit 3000 Hektogramm beladener Wagen die Brücke passierte, brachen die Pfeiler, die den Querräger in der Mitte bildeten. Die Brücke brach zusammen und der Wagen stürzte in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden getötet und zwei schwer verletzt. Eine Untersuchung über den Unfallfall ist eingeleitet worden.

Stuttgart, 30. Juli. Vier britische Flugzeuge sind an verschiedenen Orten in diesem Gebiet abgestürzt, nachdem sie bei militärischen Unternehmungen gegen die Eingeborenen südlich von Kragat Bomben abgeworfen hatten. Bei der ersten Maschine wurden der Pilotoffizier und sein Begleiter getötet, bei der zweiten bei der dritten. Die vierte Maschine fiel in die Hände der Eingeborenen. Man glaubt, daß die Befragung leicht vernehmbar ist. Die Mannschaft der vierten Staffel wurden unterwandelt. Die beiden anderen Flugzeuge dieser Staffel erreichten wieder den Flugplatz.

Der nächste deutsche Kommunist Reichstag, der in London festgenommen worden war, ist zu einem Monat Zwangsarbeit und zur Ausweisung verurteilt worden, weil er ohne Anwesenheitsnachweis in England gelandet war. Reichstag, der von den deutschen Behörden wegen Beteiligung am Hamburger Kommunistenputsch verurteilt wurde, ist nach Deutschland nach Russland gebracht zu werden.

Senator Lodge erkrankt. Wie aus Remport gemeldet wird, ist der 60jährige Senator Lodge schwer erkrankt und hat sich einer gefährlichen Operation unterziehen müssen. Lodge ist bekanntlich einer der einflussreichsten Männer der Republikanischen Partei. Er hat seiner Zeit die Ratifizierung des Versailler Vertrages mit verhindert.

Volksbewegung und Sektenbildung

Von Professor Dr. phil. u. med. Wilhelm Weggandt, Direktor der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg.

Man hat uns das Volk der Organisation genannt, gewiß mit einem fünften Berechtigung. Aber während bis zum Kriegsende organisatorische Bestrebungen ein leichtes Spiel hatten, strebt seitdem, trotz einer noch immer steigenden Verordnungsflut und bürokratischer Organisationswut, doch alles auseinander. Um so bunter ist die Fülle privater Bindungen und Vereinigungen. Früher war die Zahl der Vereine schon Legion. Die läppischen Ziele wurden der Zahl der Vereine schon Legion. Die läppischen Ziele wurden der Zahl der Vereine schon Legion. Die läppischen Ziele wurden der Zahl der Vereine schon Legion.

Es ist nicht immer leicht, eine Sekte von einer anderweitigen Organisation, insbesondere religiöser Art, abzugrenzen. Die Entstehung kirchlicher Orden stimmt ganz zu der Entwicklung von Sekten, aber sie bilden im Endes doch unangehörig im Zusammenhang mit ihrer kirchlichen Organisation. Zweiellos aber haben bei ihnen psychisch differenter, pathologisch veranlagte Persönlichkeiten vollauf eine entscheidende Rolle gespielt, wie es ja auch für manche Religionsstifter zutrifft. Franz von Assisi, der von vielen Zeitgenossen für wahnsinnig gehalten wurde, fühlte sich erweckt von einer befehlenden Stimme, verließ die wohlhabenden Eltern und zog bettelnd umher, predigte den Bögeln, nannte alle Weisen Brüder und Schwestern, kostete vierzig Tage, erlebte Bissen und soll auch die Wundenmale Christi an Händen und Füßen bekommen haben; alles gliedert sich zwanglos ein in die Krankengeschichte der Hysterie. Ähnliches wird berichtet von der für den Dominikanerorden bedeutungsvollen Catarina von Siena und auch von der heiligen Theresia, der Stifterin des Ordens der Vorleserinnen. Mit die schrecklichste Sekte, die Deutschland sah, waren die Biederläufer von Rastatt 1533 bis 1535. An der Spitze standen zwei Holländer, der samaritanische Matthys und der phantastische Schwinder Bodelmann; ein eifriges Gottesreich wollten sie aufrichten, trotz trügerischer Zukunftsversprechungen und blutiger Diktatorien ermöglichte eine mehrjährige Herrschaft.

Das klassische Land der Sekten ist Rußland, dessen kulturell weniger entwickelte Bevölkerung und einseitige Lebensverhältnisse einen geeigneten Nährboden darstellten. Zur Zeit Peters des Großen tauchten die Dschiborzen auf, die pietistischen Grundgedanken, kommunikativen Leben und den Heeresdienst verweigerten. Sie wanderten, etwa 10 000 Köpfe stark, nach Kaschub aus, wo 1902 unter dem Einfluß ihrer Prophezeien „Erscheinungen“ erfolgten, so daß sie nichts mehr, was vom Tier herkam, essen und anziehen wollten und ihre Häuser in Freiheit ließen, während sie die Frauen vor den Pfau spannten. Ritter im Winter zogen 1500 Dschiborzen, ein Prophet Johannes der Täufer an der Spitze, ohne irgendwelche Ausrüstung aus den Dörfern, um Jesus zu fuchen; manche gingen zugrunde, manche gerieten in Erbsche, ein Teil wurde gemüßigt zurückgebracht. Auch in der folgenden Jahre kam es zu planlosen Auswanderungen; einmal warfen 100 Frauen die Kleider weg und gingen singend in die Berge. Im 18. Jahrhundert entstanden die Skopzen, die die Rastatt bei Männern und Frauen predigten und ausführten, aber auch Kindermord unter Verwendung des Blutes zum Abendmahl betrieben. Kaiserin Katharina II. betrachtete die Anhänger als Kranke und ließ einige Kabeisführer bestrafen. Noch im 19. Jahrhundert bekehrte sich der Stoppa Schwanow als der infamste Christus, und bis in die heutige Zeit hinein haben sich Spuren erhalten.

1891 tauchten die Ralewantschen auf, eine Sekte, die sich um den zweifellos an religiösen Wahnideen leidenden Ralewantschen scharten. Hundert Anhänger barsten das Weltunterganges und des jüngsten Gerichts und verkauften ihre Habe, die meisten stellten an Sinnestäuschungen, viele wurden in den Sebrüdervereinigungen (schlichtlich) verlesen in das Jüngstere und wurden von hysterischen Krämpfen befallen. Noch wildere Tendenzen wurden von manchen Sekten geübt. Die Stephanien verwarnten die Ehe und setzten ihre Kinder als Gott wohlgefälliges Opfer in den Wäldern aus. Die Philippowczy begnadigten unter Berufung auf die Bibel den Selbstmord als Gott gefällig, glaubten durch Feuerlaufen den Himmel zu gewinnen, manche verbrannten freiwillig und andere ließen sich um des Glaubens willen lebendig begraben. So haben sich nach 1898 im Tschernowitser Gouvernement auf Veranlassung eines Propheten 25 Personen lebendig begraben lassen.

1817 gründete der Hilspreddiger Thomas Boeschl in Oesterreich eine Sekte. Den Krämpfen und ekstatischen Bekehrungen einer Anhängerin entnahm er seine neue Offenbarung, insbesondere Gespräche mit Gott, Christus und dem Teufel. Er predigte auf den Straßen, sedelte nach Bayern über und zog herum mit größeren Scharen unter Führung von Weibern, junge Mädchen verließen in Weimen und Nitzern, viele warfen ihr Hab und Gut weg, es kam auch zu Mord und Totschlag, worauf Böschl festgenommen wurde. Nach 20 Jahren stand er als Geisteskranker. Weidemann ist auch die Sekte der Königsberger Mader, die sich 1825 um den Archidiakonus Kbel scharte. Viele Damen der Aristokratie gehörten zu den Anhängern. Zahlreich wurde er als Christus und Repräsentant des heiligen und Reinen im Unreinen anerkannt, der die

Aufgabe habe, das durch teuflichen Einfluß verführte weibliche Irwesen durch Gottes Einfluß auf irdenliche, d. h. geschlechtliche Weise zu heiligen. Auch die Heilsarmee zeigt Weisensätze der Sekte, insbesondere ist ihr Ritual in unüberwindlicher Weise darauf eingestellt, zweifelnde und seelisch unsichere Persönlichkeiten zu packen und zu bekehren. Bei der idealen Richtung ihrer Ziele, die Hebung der Menschheit aus ihrem Elend, ist die millionenfache Wirkung auf die Massen begrifflich, wenn auch ihr triviales Zeremoniell ästhetisch abstoßend kann.

Zwei wesentliche Faktoren gehören zur Unterbrechung einer Sektenbewegung: die Führer in ihrer Eigenart und die Empfänglichkeit der Gefolgschaft. Je weiter die Zeitverhältnisse von der Gleichgewichtslage wegwandern, um so zugänglicher sind die Massen, so daß in erregten Zeiten vielfach stürmische Bewegungen emporlodern, an deren Spitze oft nur Psychopathen und Nullen stehen, wie bei der Pariser Commune 1871. Die letzte Jahre sind eine Zeit vermehrter seelischer Voderung der Massen, keineswegs bloß auf politischem Gebiet. Millionen führen in einen äußerlichen Begrüßungsaustausch. Die meisten fürchten sich geradezu vor der eigenen Seele, vor jedem Augenblick der Selbstbesinnung. Wo sich noch ein Trieb zur Verinnerlichung und zum Geistigen erkennen läßt, führt die Erschütterung aller Ordnung, der Umsturz aller Autorität, alles Anerkanntes und Bewährten zu schädlichen Irrwegen. Die Kurpfuscherei blüht empor zum Schaden der Volksgesundheit. Auf dem Gebiete der Kunst entfaltet sich schrankenlose Sensationsucht, und die Liebertreibungen des Expressionismus haben bis zu dem schwachsinigen Dadaismus geführt. Dumpfe religiöse Strebungen führen zu dem unklaren Okkultismus und Spiritismus. Des öfteren fanden in den letzten Jahren öffentliche Vorträge von notorisch gekrankten Personen in Großstädten ihr vornehmeres Publikum.

Eine zeitgemäße Erscheinung bildet auch der Prophet Sauls Häußer mit seinen Anhängern. Ein Kreis phantastischer Jünger umgibt ihn, die ihn wie einen zweiten Christus verehren und ihn 10 Millionen Reichstagsmarken verheißt. Seine Lehren sind nichts weniger als neu: Wahrung zum einfachen Leben und zur Redlichkeit im Handel und Wandel; die Verwirklichungsvorschläge sind weltfremd. Die Lehre wird mit ostentativster Verehrtheit und hoher Selbstbeherrschung unter marktschreierlicher Rhetorik gepredigt. Deutlich sind bei Sauls die Zeichen eines hypomanischen Temperaments zu erkennen, das sich bei ihm früher in vielgestaltiger Tätigkeit als Ausstellungsinspektore, Sektoretter und Kennzeichnungsleiter zu Paris äußerte, während er jetzt, offenbar unter Umwandlung seiner Gefühlssphäre, in Prophetenpielerei unter Wolleneinwirkung höchste Befriedigung findet. Da er schwerlich fest in der heutigen Rolle verharren wird, läßt sich keine längere Dauer seiner Sekte erwarten. Welch unheimliche Rolle psychopathische Führer spielen können, zeigte die greueliche Münchener Kabeiserei. Von 66 Prominenten war wohl kein einziger völlig geistig intakt. 18 wurden ärztlich näher geprüft und erwiesen sich dabei durchwegs als schwer psychopathisch, zum Teil hysterisch oder hypomanisch. Gewiß haben unsere Zeitverhältnisse die gequälte Menschenseele vielfach so unsicher gemacht, daß die hilflosen Massen leichter als je Seitlerern zufallen, wenn auch so geschlossene und gefährliche Formationen wie in Rußland bei uns kaum zu befürchten sind.

Wirtschaftliches und Soziales

Der neue Reichsmantelvertrag für die Gemeindearbeiter ist in Kraft getreten und zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab. Wie uns der Arbeitgeberverband Bad. Gemeinden schreibt, besteht er zum größten Teile aus einer Vereinbarung vom 1. Juli 1924 zwischen dem Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände einerseits und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen andererseits. Einige Bestimmungen, wie z. B. die Arbeitszeitregelung, beruhen auf dem Schiedspruch einer Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juli d. J., der unter dem 21. Juli von dem Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Nach der Begründung der Verbindlichkeitsklärung tragen die durch den Schiedspruch vorgesehenen, verhältnismäßig geringfügigen Änderungen des Mantelvertrags der gegenwärtigen schwierigen finanziellen Lage der kommunalen Verwaltungen Rechnung und erscheinen auch für die Arbeitnehmer tragbar. Eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter liegt in so hohem Maße nicht nur im Interesse der Beteiligten selbst, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit, daß man sich freudig der Ausfüllung auf freiwillige Eingänge über die wenigen strittigen Punkte der Verbindlichkeitsklärung freuen dürfte. Der Reichsmantelvertrag gilt für etwa 1200 kommunale Verwaltungen und über 170 000 Gemeindearbeiter.

Städtische Nachrichten

Prolog zur deutschen Gedekfeier der Jugend am 31. Juli.

Deutschland, Deutschland, deine Jugend nicht wieder sich empor, schaut auf uns're Vater Jugend, schaut dem frommen Bardenhor, denkt der Opfer uns're Brüder Draußen in dem Kampfesfeld, glaubt an Deutschlands Frühling wieder, der den Frieden sicher stellt.

Deutschland, Deutschland, neues Hoffen wacht in den Herzen auf, neue Wege leb'n sie offen, neu der Segenssonne Lauf, eine große Reichsgemeinde von den Alpen bis zum Belt, die ein harter Wille einnt, neu geschäftigt von aller Welt.

Deutschland, Deutschland, heilige Liebe schwebt dir heute ew'ge Treu', deiner Jugend edle Triebe widmen sich der Heimat neu. Möge Gott, der Herr, beschirmen unser heures Vaterland! Mög's demachen in den Stürmen Seine mächtige Vaterhand!

A. Göller

9. Deutsches Sängerbundesfest

Reliösch drei Wochen trennen die deutsche Sängerkunft noch von dem Bundesfest, das in den Tagen vom 23. bis 28. August in Hannover abgehalten wird. Das unerreichte Erleben, das seit dem Jubiläums-Sängerkunft des Deutschen Sängerbundes in Nürnberg 1912 über unser Volk gekommen ist, hat, so wird in der uns durch den geschäftsführenden und Kreisvorsitzenden übermittelten Einladungsanschrift, keine Spuren auch in unserem Bunde und seinem Wirken hinterlassen. Unnennbar Tausende aus unseren Reihen hat der Weltkreis dahingerafft. Ihnen soll bei dem Feste unser erster Gedanke gelten. Dann aber wollen wir betonen, daß getreu den Liebertreueren unseres Bundes der Deutsche Sängerbund selbst in seinen Idealen und daß er heute mehr denn je sich berufen sieht, durch die Pflege des deutschen Liedes das einigende Band zu stärken, das alle deutschen Stämme umschließt. Abwärts keitenden Bestrebungen vorantreibender Natur aus unsern Reihen nur der deutschen volkstümlichen Kunst aus unser Streben der Sammlung aller Volksoasen in der Liebe zu Heimat und Vaterland. Nach den vorliegenden Anmeldungen dürfen wir erwarten, daß sich mehr als 30 000 Mitglieder unseres Bundes aus allen Ecken des Reiches und aus dem Ausland in den Ausartagen in Hannover einfänden werden.

Nach dem uns telegraphisch übermittelten Festplan sind für Samstag, 23. August, an dem aus allen Teilen des Reiches die Sängerkünfte einlaufen, nachmittags und abends Konzerte in der Festhalle, darunter die in Hannover vertretenen beiden Sängerbünde, vorzuleben. In einem dieser Konzerte erhalten die Festbesucher, soweit der Raum reicht, freien Zutritt. Das erste Nachmittagskonzert wird von den Vereinten norddeutschen Liedertafeln in der Ausstellungshalle unter Mitwirkung hervorragender Solisten und des Orchesters des städtischen Opern- und Schauspielhauses veranstaltet. Zum Vortrag gelangen: „Waldmährchen“, Kantate für Männerchor, Alt- und Tenorsolo und Orchester, unter Leitung des Komponisten Hans Stieber und Adma Louise Rosenkranz, eine Heidenmähr für Männerchor, Bariton- und Orchester, von H. Bolbach, geleitet von Emil Täuber. Einzelhaft werden zwei unbedeutende Männerchöre der erwähnten beiden Komponisten, vorgelesen vom hannoverschen Männergesangsverein und hannoverschen Lehrerschlagverein. Das zweite Nachmittagskonzert wird vom Verband niederdeutscher Männergesangsvereine (Bezirksverband Hannover) im Ruffestsaal unter Leitung Hans Heinrichs gegeben. Nach einem Orchesterspiel (Prof. Dr. Hermann Deitmer) gelangen mehrere Kompositionen und Bearbeitungen von G. Wobkemann, A. König, Othmarovon usw. zum Vortrag. „Wolf“ von H. Heinrichs beschließt die Darbietungen, die aus Sops, Gesang und Einzelchören bestehen. Die beiden Konzerte werden abends zur gleichen Stunde wiederholt. In den Festhallen, im Festsaal, Konzertsaal und Neuen Festsaal sind abends Zusammenkünfte einzelner Bünde vorzuleben.

Der erste Festtag (Sonntag, 24. August) beginnt nachmittags 11.30 Uhr mit der ersten Hauptaufführung, für die aus Feldheim Prof. Dr. G. Wobkemann und Prof. Dr. K. Reibler komponiert haben. Das Orchester ist aus den durch Reichsmantel verordneten Reichsorchestern zusammengesetzt. Zum Vortrag gelangen folgende Gesamtsätze: „Gott, meine Zuversicht“ von Schubert (mit Orchester), „Dem Anbeken der Gefallenen“ von Wobkemann (mit Orchester), „Ich hab' einen Kameraden“ (Hoffmann), „Der die Hoffnung festgehalten“ von Surkau, „Liebesfreud“ von

Erntezeit

Ullas Heybach
Hinter dem Dorfe dehnt sich ein Meer weit, bleich, gelb und schwer liegen die Ähren im Wind...
Schwüler Sommerluge lange Stunden, die sich in erster Arbeit runden, voll zagen Hoffen und Sehnen sind...
Schritt und schneidend liegt der Stahl frisch geschärft an gelben Halmen sonder Zahl ohne Seele, ohne Herz... und blind...
Wenn die Werten sommermilde liegen, nimmer kehren sich im Winde wagen, Träumt man so gern vom Frühling, lau und lind...

Münchener Bilder

Nis ich neulich in Berlin war, füllte ich mich Staunen, so viele Menschen dort anzutreffen. Nicht es doch in München „gang Berlin“ sei zugeht in den baderischen Bergen. Und, in der Tat: wenn für Gewinn, Oberdorf und Logersee gilt, was ich in Berchtesgaden selber sah, dann haben die Optimisten recht behauptet, die allen Unken zum Troste der Angsehungsfrist unsrer Alpen-Schönheit vertrauten. Berchtesgaden ist überfüllt. Und: auch München gilt der Erlösungsruuf: „W Fremden san dal!“ Sie sind da, besänftern die Straßen, stehen vor den Kirchen und Museen und verpeitelen im Wädel. Sie gehen ihren Steinen nach, d. h. den Wädelern-Sternen und lauschen den schmalen Worten des Kleiner-Mitrosten, der an der Halleingang der blauen Fremden-Knoten einlaugert, die im Hüge — Schenkwirtschaften erklärt. Und es gibt oberhand in München zu sehen. Alles, das, was schon mal da war, bereits kennt, aber auch Neues. „Historische Geden“ neueren Datums: Hier — zwischen Promenadenplatz und Brannerstraße — wurde Eisener erschaffen. Dort — an der Seite des Haken-Heldherren-Dallen-Löwen fand der Zusammenstoß vom 9. November statt. Der Viktus Krone: der politische Viktus Adolf Hilters. Das „Rahn-Wal“ am Odeonsplatz. Und, ebenda: der neue, erst vor wenigen Tagen enthüllte „Hala-Gedenstein“. Er steht auf dem Würgeberg, rechts vom Hofgarten und übersehnet einen Teil der roten Bude, in der es Lchl. Limonade und das Futter für die Odeons-Blas-Tauben zu kaufen gibt. Prof. Welter hat ihn geschaffen. Dort: quadratische Cuaderstein, sternartig gegeneinandergerichtet. Stahlhelme, den unteren dekend,

tragen den oberen. Die Inschrift, den im Weltkrieg gefallenen Hälgen zugeeignet. Stadtbildlich erscheint die Wahl des Aufstellungsortes für diesen Gedenstein etwas problematisch. Er mühte freier stehen oder, vor dem Hintergrunde eines größeren Denkmals oder Monolithen. Als Ausstatter ist der Gedenstein höchst eindrucksvoll und würdig. In seinem Gefühlswert ruht seine höchste Bedeutung. Die Platz soll wissen, daß ihr Mutterland Bayern und seine Hauptstadt sich dankbar ihrer Opfer und Leiden dauernd bemüht ist. Der vaterländische Gedanke ist ja in München immer wieder die Triebfeder zu allerlei Veranstaltungen. Es vergehen kaum vierzehn Tage, ohne daß die deutsche Idee sich nicht irgendwo — auch auf der Straße — bekundet. Du wanderst Recht durch die Maximilianstraße und willst nach dem Hofgarten einbiegen — da bietet dir eine Soldaten-Reihe von Reichshewehmännern oder grüner Solgel Halt: ein Hadelung formierte sich am Marball. Am Odeonsplatz, um Witternacht, Rollsammlung und beete Wädelerspalter. Feuer Lösen auf... hinter der Hofgartenmauern, nun: wambelnde Flammen, durch das Tor und zur Feldherrenhalle, unter „Rahn-Wal“. Zehntausend Studenten, in Anzeigebanden, die Choren in Wädel und manche zu Pferde, gefolgt von Kabeis-Fahrtenträgern, bringen den „gerauten Provinzen“ einen Hadelung. Er gilt der allen der Wädel. Keine phantasiereichen Ansprachen. Nur: das „Deutschland-Red“.

Dieser Hadelung war eine Feierlichkeit des Sommer-Abendfestes. Die Studenten gehen in die Ferien. Die Opernküste der Nationalbühne sind noch mehrere Wochen mitten drin: Neue Kraft zu holen für die Festspiele. Für jene Festspiele, die im vorigen Jahre nicht immer „Festspiele“ gewesen sind. Immer schmerzlicher wird das Klaffen der Lücke Bruno Walter füllbar. Die künstlerische und wissenschaftliche Verarmung Münchens ist schmerzhaft. Walter, Wädelin, jetzt Wädelin. Ein dreifach „W“ verliert und — dreifach Wädel ist uns geliebten. Die Zusammenhänge sind deutlich. Das eben ist ja der Fluß der bösen Wädel, daß sie — wenn sie zu einem Gegenstande des höchsten Gebrauches wird — fortgesetzt Gebiete ergreift, die mit ihr nicht das Geringste zu tun haben: die Kunst, die Wissenschaft und den geistlichen Fortschritt! — Trüb ist es zugeht auch um Schauspiel in München bestellt. Ein Kabeis auf letzte Spieljahr zeigt die erscheidende Geringsah! künstlerischer Aufführungen. Ein Rohr im Festspieltheater macht noch keinen Theaterwinter. Und wenn auch Weidmanns „Kommunale“ das Werk eines beachtenswerten Dichters ist, so reicht seine Aufführung nicht aus, um den Staatsbühnen das Gedächtnis künstlerischer Schauspielkunst zu geben. Was es sonst noch gab? Ein Prebdi in den Kammerspielen und sonst etliche Ken-Kritiken und Verläufe mit Werken, die anderwärts Erfolg hatten. In gutgemeinten Aufführungen lud die „Vaterländische Landeshöhne“ Opern nach Augsburg. (Früher

ließ es: Wer in München gut essen wollte, müsse ins „Grüne Haus“ von Augsburg. Heute: Münchner Aufführungen finden im Augsburger Stadttheater statt.)
Jetzt also werden die Festspiele bald wieder ihren Anfang nehmen. Und die fremden Gäste werden sie, hoffentlich, besuchen. Aber, dreimal: hoffentlich, werden sie nicht nur mit Ansehens und Ausfall nach München kommen, sondern in ihrem zurechen Habitus der „Kunst“-Stadt geben, was sie ihrer Heimat nicht vorzuziehlichen moegen würden. Sollen sie dabei in Wädelntrümpfen ins Theater? Gewiß nicht. Besuchen sie dort die Museen mit Bergknäuel. Gewiß nicht. (Da sie sie höchstwahrscheinlich überhaupt nicht besuchen...) Die Maximilianstraße zu München aber durchzügeln wohlwollgerüstete Bergbeiger. Der Kostüf rang aus dem Ruckfack, und wer sich über diesen Anblick immer wieder ärgert, mundert sich gleichzeitig, daß er eigentlich noch niemals in den Jahr-Kuen lobenannetzte Bergbeiger beim Kabeis über-rückt hat.

Darüber sagt man jedes Jahr, aber es nützt nichts. Sobald es warm wird, erwidert das Bobentler vom Winterdick und geht ins Residenztheater, Rogart zu hören. Kann es sich nicht damit begnügen, sich den Lustbarkeiten des Münchener Braters oder Unapark, hier „Südpark“ genannt, hinzugeben? In diesem Jahre der nur „kleinen Ausstellungen“, in denen die großen Solen zumteil leer stehen, hat sich der Vergnügungstheil des „Ausstellungsparckes“ in Vermanenz erklärt. Aber dieser Vergnügungstheil ist keine Kummelstätte in des Wortes oberberstlicher Bedeutung. Er ist vielmehr eine Art „Garten mit Wädeln“. Aus schönen, wohlgepflegten Anlagen, schattig und kühl gelegen, wachsen die Vergnügungsbäuschen und Stände, massiv angelegt und in ihrer Zahl nicht erdrückend. Hier ruft Kasperle die Kinder zusammen, dort verheißt das Hippodrom Genüsse sportlicher, der Tanzplatz Lustbarkeiten geselliger Art. Und in das Bananenlied nicht sich, von brauchen der ein Braufen und Donnern: das „Teufelrad“ ist im Schwünge. Dester als die Seilpropfen in der Parkfälle knallen von den Schick-Stätten her die Wädeln. Und wer genug des Trubels hat, der wandert mit der Viehsten eine Minute anseits von der großen Heerstraße der Wädel, und er findet die Wädel, auf der es sich, Hand in Hand gut träumen läßt. während aus der Ferne ein Prolog von Stimmen und solcher Musik hinüberweht und süße Stimmung erzeugt: die Strobes und Kartes einmaterialisiert und alle Dinge nur halb-wahr aber drum umso schöner macht.

Und im nur Halb-Wädeln liest ja heut unter höchstem Wädel. Die Wirklichkeit ist einmal oft höchst beschämend, zum anderen aber sind ihre schönen Gaben, sofern sie materielle Coffee erschaffen, nur wenigen erträglich. Der Un-Sehen des Volks-Dalles verhindert jeden Schritt vom Wege des Unbedingungs-Rote

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Was tut unserer Wirtschaft not?

Ein Mahnwort an die Industrie

Von Professor Alfred Freund, Leipzig

So geht es nicht weiter! Kein Kredit, weil selbst das wenige vorhandene Geld zu langsam umläuft und weil die Sanierung der außenpolitischen Verhältnisse noch nicht erfolgt ist. Also haben wir die Zeit zu nützen, wenigstens die Vorbedingungen zu schaffen für die Förderung unserer Produktion und deren Absatzmöglichkeit, damit unser „Betrieb“ in dem Augenblick wieder einsetzen kann, der uns unsere Genesung auf politischem und finanziellen Gebiete bringt. Natürlich hängen Absatzpropaganda, Massenherstellung oder Serienbau und konkurrenzfähige Preise eng zusammen.

Für eine wirtschaftliche Produktion sind Absatzmöglichkeiten notwendig, die eine andauernde Massenherstellung ermöglichen. Die Propagandaabteilung einer Produktionsstätte und die Betriebsabteilung desselben Werkes müssen also gegeneinander abgestimmt und jede für sich möglichst vollkommen ausgebildet sein. Der beste Massenbetrieb nützt nichts, wenn nicht ein andauernder Absatz in einer Höhe gewährleistet ist, die der Produktionsfähigkeit des Werkes entspricht. Jede noch so gut geleitete Absatzpropaganda muß aber scheitern, wenn der Betrieb unwirtschaftlich ist. Die Propagandaabteilung hat also ein gewichtiges Wort bei der Preisfestsetzung der Ware mitzusprechen, sie hat ohne weiteres das Recht und die Pflicht, die Höchstpreise zu bestimmen, ohne nach der Kalkulation zu fragen. Die herzustellenden Gegenstände müssen dann durch zweckentsprechende Organisation des Betriebes und Anwendung besser Produktionshilfsmittel für diesen Höchstpreis oder unter diesem hergestellt werden, sonst wird das Werk lebensunfähig. Mit konkurrenzfähigen Preisen alleine ist jedoch die Möglichkeit einer wirkungsvollen Absatzpropaganda nicht erschöpft. Es kommt als zweites die Qualität der Ware in Betracht. Für eine wirksame Propaganda genügt in dieser Beziehung nicht die Angabe, daß die Ware die beste Qualität besitze. Das kann jeder sagen. Man muß in Drucksachen, Aufsätzen und Briefen stets sachgemäß darlegen, wodurch die Güte der Qualität begründet werden soll. Wo die Qualität zahlenmäßig bestimmbar ist, wie bei Festigkeit, Dehnung und Gewichtsverhältnissen von Materialien, bei Genauigkeitsgraden der Herstellung usw. soll man Zahlen angeben. Sonst soll man in allen Äußerungen über die Qualität der Waren recht klar und sachlich sein. Nur so hat man Aussicht auf Wirkung. Von besonderem Interesse für den Ausbau der Propaganda ist der zweckentsprechende Erfinderschutz für Neuerungen. Das trifft hauptsächlich auf Produktionsmittel, also auf Maschinen zu. Wenn die Propagandaabteilung in ihren, an die Kundenkreise gerichteten Äußerungen darauf verweisen kann, daß die Maschinen im Ganzen oder in wichtigen Teilen durch Patente oder Gebrauchsmuster geschützt sind, so ist damit zunächst eine suggestive Wirkung auf den in Frage kommenden Käufer verbunden, die nicht unterschätzt werden darf. Bei der Ausnutzung dieses Umstandes ist allerdings eine gewisse Vorsicht geboten, die im Wesen des gewerblichen Rechtsschutzes liegt. Bei Anpreisungen auf Grund des Patentschutzes oder des Gebrauchsmusterschutzes hüte man sich jedenfalls vor Übertreibungen. Sie wirken eher abstoßend als fördernd.

Jedenfalls müssen alle Propagandamaßnahmen systematisch von einer verantwortlichen Stelle ausgehen, die in größeren Werken als literarisches Büro auszubauen ist. Diese Propagandastelle hat nach Maßgabe des Etats die Annoncen in geschickter Weise zu entwerfen und zu ver-

legen, die Werbetrucksachen zu schaffen und an die in Frage kommenden Käuferkreise weiterzuleiten, die Offertbriefe zu beeinflussen durch zweckdienliche Anregungen und schließlich eine literarische Werbetätigkeit zu organisieren, die nur wirkungsvoll ist, wenn sie mit großem Takte und großer Sachkenntnis durchgeführt wird. Auf diesem Gebiete fehlt es noch sehr, was wohl in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß nur wenige Ingenieure, und nur um solche kann es sich bei dieser Tätigkeit handeln, geneigt und fähig sind, gerade diese Tätigkeit auszuüben. Wenn aber die geeignete Kraft zur Ausübung einer literarischen Propaganda zur Verfügung steht, dann sollte diese besonders auch in ausländischen Zeitungen und Zeitschriften ausgedeutet werden. Dann ist es auch notwendig, daß diese Arbeit unterstützt wird durch ein eingehendes Studium der ausländischen Märkte und gegebenenfalls durch ein System von Vertrauensleuten, auf Grund deren Sachberichte sowohl die Propaganda als auch die Verkaufsorganisation selbst ausgerichtet werden kann. Jedenfalls ist es notwendig, daß alle Produktionsstätten ihre Kräfte nach der gekennzeichneten Richtung anspannen und ausbauen.

Grundbedingung für allen Absatz wird natürlich stets die Qualität und der Preis der zu verkaufenden Gegenstände bleiben. Der Ruf der deutschen Waren sank in den ersten Jahren nach dem Kriege außerordentlich. In erster Linie machte man den deutschen Fabrikanten den Vorwurf, daß minderwertige Materialien zu deren Herstellung verwendet wurden und dann wirkte auch, wie in den anderen kriegführenden Ländern der Umstand mit, daß der Stand der Qualitätsarbeiter zurückging. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehen sich viele Eltern genötigt, ihre Söhne als ungelernete oder angelernte Arbeiter in wirtschaftliche Leben zu schicken, statt sie eine ordentliche mehrlährige Lehre durchmachen zu lassen. Dieser falsche Weg der werktätigen Jugend wurde auch dadurch gefördert, daß die im Kriege darben den Jugend ein besonderes Bedürfnis hatte, durch schnellen Eigenverdienst in die Lage versetzt zu werden, das an Lebensgenuss Versäumte baldigst nachzuholen. Alles verstehen heißt alles verzeihen! Aber damit hat es sehr bald ein Ende genommen. Die meisten jungen Leute holten das Versäumte nach, und fast alle Eltern besannen sich darauf, daß es so nicht weitergehen könne, und daß nach Gesundung unserer Wirtschaft auch der Qualitätsarbeiter wieder zu seinem Rechte kommen werde. So ist die Gefahr für unsere Wirtschaft von dieser Seite her gebannt und unsere Qualitätsindustrien können sich längst wieder mit allen konkurrierenden Industrien der Welt messen und übertreffen auf manchen Gebieten deren Fabrikate nicht unwesentlich. Es liegt nur einfach noch am Preise. Man hat sich noch nicht überall von den Kalkulationsmethoden der Inflationszeit frei gemacht. Aber auch dort beginnt es zu dümmern. Viele Produktionsstätten kalkulieren auf den Pfennig genau. Aber nicht alle diese werden auch dann untergehen müssen, wenn alle sonstigen Grundbedingungen für eine gesunde Wirtschaft vorhanden sind, es sei denn, sie arbeiten in der jetzigen produktionschwachen Zeit ihre Kalkulation aus, in der Erkenntnis, daß überhöhte Preise ihnen nicht Gewinn, sondern Untergang bringen. Verdienen sollen sie durch einen vollkommenen Betrieb, der ihnen gestattet, die Gegenstände billiger herzustellen. Auch daran ist ständig zu arbeiten, nicht durch Herabsetzen der Löhne, aber durch bessere Arbeitsmethoden. Ueber diese hier zu schreiben, würde für diese Darlegung zu weit führen.

und als Gläubiger in Betracht kommen, aufrecht zu erhalten. Das Gleiche gilt von der Badischen Kommunalanleihe, deren Zinsendienst eingestellt werden mußte. Es sind heute noch Stücke im Betrage von rund 34 Millionen M in Umlauf. Die Umsätze in Wertpapieren sind außerordentlich umfangreich gewesen, bis sie nach Einsetzen der Stabilisierung allmählich abnahmen. Unser Besitz an Wertpapieren sieht mit 2 M zu Buch, so daß die inzwischen eingetretenen Kursrückgänge auf die Bewertung ohne Einfluß sind. Konsortialbeteiligungen waren am Schlusse des Berichtsjahres nicht mehr zu verzeichnen. Unsere dauernden Beteiligungen sind gleichfalls auf den bilanzmäßigen Mindestbetrag abgeschrieben. Der Bestand der Verwaltungsgebäude hat sich nicht geändert. Betriebskapital und Rücklagen sind ein Opfer der Inflation geworden und müssen neu geschaffen werden.

In der Bilanz stehen (alles in Bl. M): Kassenbestand mit 837.290, Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken mit 174.200, Schecks, Wechsel und unverzinst. Schatzanweisungen mit 49.051, Guthaben bei öffentlichen Kreditanstalten und sonstigen Banken mit 2.423.807, eigene Wertpapiere mit 2, Außenstände in laufender Rechnung mit 1.388.742, Darlehen mit festen Laufzeiten mit 1.262.310, Darlehen gegen Unterpfand mit 25.194, Tilgungsdarlehen aus Kommunalanleihe mit 1, dauernde Beteiligungen mit 2, Einrichtung mit 2, Verwaltungsgebäude mit 1. Bei einem Betriebskapital von 2 Bl. M stehen Rücklagen mit 3226 zu Buch, Guthaben der öffentlichen Kreditanstalten und sonstigen Banken mit 1.537.081, Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, innerhalb 7 Tagen fällig mit 3.730.306, darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig mit 306.069, später als nach 3 Monaten fällig mit 2, Badische Kommunalanleihe mit 1, noch nicht eingelöste Schecks mit 150 Bl. M .

Die Einnahmen aus Zinsen, Provisionen, Wertpapieren, Devisen und Sorten belaufen sich auf 1.048.108 Bl. M ; andererseits erforderten Unkosten 280.831 Bl. M . Nach Abzug der Abschreibungen auf Einrichtung mit 15.337 und auf Gebäude mit 219.175, verbleibt ein Reingewinn von 523.765 Bl. M , wovon 521.340 Bl. M zu Sicherheits- und Sonderrücklagen verwendet und der Restbetrag von 2.425 Bl. M auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Die Weinzentrale A.-G. in Stuttgart (Zweigniederlassungen in Freiburg, Ulm und Mannheim) versendet ihren Geschäftsbericht nebst Papiermarkbilanz und der Goldmarkeroffnungsbilanz auf 1. Januar 1924. Nach der Papiermarkbilanz war im Rechnungsjahr 1923 ein Ueber-schuß von 231.630 Bl. M . Die Goldmarkeroffnungsbilanz weist in Aktiven und Passiven den Betrag von 1.662.458 M aus. Die Aktiven setzen sich zusammen aus: 7476 M Kassenbestand, 43.989 M Außenständen, 266.777 M Warenvorräten, 27.112 M Effekten, 61.992 M Lagerfässern, 72.712 M Transportfässern, 65.000 M Fuhrpark, 43.000 M Gerätschaften und 1.044.400 M Liegenschaften in Stuttgart, Freiburg, Ulm und Mannheim. Auf der Passivseite steht das Aktienkapital mit 1.200.000 M , Kreditoren mit 126.822 M , Steuern 16.203 M , Bankschulden 12.975 M , Hypotheken 136.550 M und ein Reservefonds von 169.008 M . Die Goldmarkeroffnungsbilanz ist aufgestellt unter Zugrundelegung des der am 6. August stattfindenden G.-V. von der Verwaltung zu unterbreitenden Vorschläge der Herbstempfehlung der Aktien auf 20 Goldmark. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr bezeichnet der Geschäftsbericht als nicht un-

günstig und glaubt, durch die vorsichtige Aufstellung der Bilanz die Schwierigkeiten überwinden zu können.

-J- Durchführung der Goldbilanzverordnung. Wie uns die Handelskammer Mannheim mitteilt, haben die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels und des Bankgewerbes für die Regelung der Umstellungs-kosten beim Reichsjustizministerium in einer gemeinsamen Eingabe bestimmte Sätze vorgeschlagen, die den Zweck haben, die durch die Beurkundung der Generalversammlungsbeschlüsse bei der Umstellung, durch die Anmeldung zum Handelsregister usw. unter Anwendung der üblichen Gebühren drohenden und verhältnismäßig hohen Unkosten auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Es wird sich daher empfehlen Umstellungsbeschlüsse einstweilen noch hinauszuschieben.

Stahlwerk Becker A.-G. Wie die Kölnische Ztg. erfährt, dürfte in der nächsten Woche voraussichtlich eine Sanierung des Stahlwerks Becker A.-G. zustandekommen auf Grund eines Zwangsvergleichs. Der Zwangsvergleich soll auf Grundlage von 40 Prozent geschlossen werden. 15 Prozent sollen sofort bar bezahlt, 10 Prozent in zwei Monaten und die restlichen 15 Prozent in erstklassigen Obligationen, die auf das Werk eingebracht werden sollen. Mit der Sanierung wird das bisherige Verhältnis zwischen der Familie Becker und dem Stahlwerk Becker A.-G. vollständig gelöst. Bei der Industriebank G. m. b. H. in Düsseldorf, der sogenannten Industriebank, die vollständig Becker allein gebört, soll eine Sanierung auf gleicher Grundlage erfolgen.

Waggon- und Maschinenbau-A.-G. in Görlitz. Die Gesellschaft wird laut Industrie-Kurier bei der im September in Seddin stattfindenden Ausstellung von Eisenbahnfahrzeugen u. a. zwei neue von ihr gebaute zweilochige Drehgestelle zeigen, die einen besonderen technischen Fortschritt der deutschen Waggonbauindustrie darstellen. Die Bauart ist derart, daß das bei amerikanischen Drehgestellen häufig beobachtete unangenehme Schließern der Drehgestelle und das Schwanken des Wagenkastens verhindert werden sollen. Der Radstand ist gegenüber den bisherigen Modellen entsprechend vergrößert und die bisher querliegenden kurzen Doppelfedern sind durch längeliegende Blattfedern ersetzt. Die Reichsbahn hat nach zufriedenstellender Probefahrt bereits einige D-Zugwagen mit dem Görlitzer Drehgestell bei der Wumag bestellt, um sie sowohl auf Flachland, wie auf gebirgigen und bogenreichen Strecken zu verwenden und sich in kurzer Zeit auf Grund der Betriebserfahrungen ein abschließendes Urteil zu bilden. Mit einem seit einem halben Jahr auf der Strecke Berlin-Stettin verwendeten Wagen hat die Eisenbahn bereits die besten Erfahrungen gemacht. In Ergänzung dieser Mitteilungen wird noch gemacht, daß die Gesellschaft neuerdings einen bedeutenden Auftrag auf eiserne, zerlegbare Spezialgüterwagen für Uebersee erhalten hat. Auch an Inlandsaufträgen waren in den letzten Wochen neue Aufträge zu verzeichnen. Die Werkstätten des Unternehmens für Eisenbahn- und Straßenbahnamaterial sind durch diese Lieferungen für längere Zeit in Anspruch genommen.

Devisenmarkt

Die Mark kam heute früh mit 4,19 aus New York für den Dollar. Der Dollar kostete gegen Paris 19,98 Franken und engl. Pfunde gegen Paris 86,65 Franken.

In Goldpfennigen ausgedrückt notierten paritätisch der französ. Franken mit 21,34 Pfg., der Schweizer mit 77,40 und der belgische mit 19,24 Pfg., engl. Pfunde mit 15,49 M , der holländ. Gulden mit 1,60, die Schwedenskrone mit 1,1180 M und der italienische Lire mit 18,2 Pfg. Der Kurs zwischen London gegen Paris bewegte sich gestern Nachmittag zwischen 86,60 und 87 ohne größere Schwankungen. London liegt etwas fester gegenüber gestern Nachmittag.

Für die deutsche Bl. M wurden in Zürich 129 Centimes und in Amsterdam 0,62 C verlangt. Das engl. Pfund kostete 18,50 M . Sonst lagen heute folgende Notierungen vor: Paris auf England 96,85, Belgien 90,22 M ; Zürich auf London 24,88, Paris 27,52 M , Brüssel 24,86, Holland 207,40; London auf Paris 86,75, Belgien 96,20, Holland 11,51; Amsterdam auf London 11,51, Paris 13,27 M , Brüssel 11,97 M .

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 29. Juli. Die Tendenz war wiederum recht fest. Von chemischen Werten gingen um: Badische Anilin zu 16 M und Rheinania zu 5. Bremen-Besigheimer notierten 16 G., Goldenberg 32 G. und Westerglen 14,50 G. Ferner wurden gehandelt: Dampfkesselfabr. Rodberg zu 2,75, Malkammer 3, Karlsruher Maschinenbau 3, Knorr Heilbronn 3,50, Mannheimer Gummi 1,75, Neckarsulmer 4 M , Rheinelektro 7, Ways u. Freitag 2 M , Zellstofffabrik Waldhof 9 M , Zuckerfabrik Frankenthal 3,25 und Zuckerfabrik Waghäusel 21,90. In Brauerei Durlacher Hof-Aktien war Geschäft zu 16 und in Weger-Aktien zu 12. Kleinlein stellten sich 27,50 G. und Sinner 6,50 G.

Waren und Märkte

Bremen, 29. Juli. Baumwolle. American Fully middling c. 28 g mm loko per engl. Pfd. 34,99 (35,05) Dollarscents.

Magdeburg, 29. Juli. Zucker prompt 23,50-23,75, Lieferung innerhalb 4 Wochen 22,50-23,75 Goldmark.

Berliner Metallbörse vom 29. Juli

Preise in Festmark für 1 Kg.

	28	29	Aluminium	28	29
Elektrolyt Kupfer	125,-	126,50	in Barren	-	-
Raffinierter Kupfer	1,08-1,10	1,10-1,12	Zinn, asiatisch	4,50-4,55	4,50-4,55
Bill	0,90-0,92	0,90-0,92	Wittmann	4,30-4,35	4,30-4,35
Nickel (Vb.-Pr.)	-	-	Wickel	2,30-2,40	2,30-2,40
do. (Fr.-Pr.)	0,95-0,98	0,98-0,99	Antimon	1,34-0,95	0,94-0,96
Platin	1,95-2,00	2,00-2,10	Silber für 1 Br.	91,-	91,90
Atomium	2,30-2,35	2,30-2,30	Platin n. Br.	-	-

London, 29. Juli (WB) Metallmarkt. (In Lat. i. d. engl. l. v. 1016 kg.)

	28	29	Blei	32,15	32,-
Kupferkass	63,50	63,25	bestselect	68,50	68,-
do. 3 Monat	64,50	64,25	Nickel	130,-	130,-
do. Elektrol.	66,50	66,25	Zinn Kass	244,29	242,75
			Regulus	50,-	50,-

Schiffahrt

Dampfer-Bewegungen des Norddeutschen Lloyd Bremen

Bremen-New York: D. George Washington am 22. 7. ab Bremerhaven; D. America am 22. 7. ab Bremerhaven; D. President Harding am 19. 7. ab New York; D. President Roosevelt am 24. 7. ab Bremerhaven; D. Columbus am 24. 7. ab Bremerhaven; D. Sierra Ventana am 24. 7. ab Plymouth; D. Yorck am 22. 7. ab New York. — Bremen-Baltimore: D. Ludwigshafen am 22. 7. an Nordenham; D. Hannover am 21. 7. ab Norfolk; D. Porta am 22. 7. an Philadelphia; D. Hornfels am 23. 7. an Bremerhaven. — Bremen-La Plata: D. Köln in Bremerhaven; D. Sierra Nevada in Bremen; D. Werra am 23. 7. ab Buenos Aires; D. Sierra Cordoba am 21. 7. an Buenos Aires; D. Weser am 21. 7. ab Funchal. — Bremen-Australien: D. Göttingen am 23. 7. Vlissingen pass; D. Elberfeld am 22. 7. an Bremen-Stadt. — Bremen-Ostasien: D. Pfalz am 21. 7. ab Singapore nach Sabang; D. Schlesien am 22. 7. ab Singapore nach Hongkong; D. Aachen am 22. 7. ab Neapel nach Port Said.

Unser Räumungs- Ausverkauf

der aus Anlaß des Erweiterungs-Umbaues unserer Geschäftsräume
am **31. Juli 1924** in unserem vorübergehenden Verkaufslokal

P 6, 20

(Heidelbergerstrasse neben U. T.)

beginnt,

**bietet Ihnen aussergewöhnliche
Vorteile.**

Die Preise für unsere anerkannt hochwertigen Waren:

**Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen,
Röcke, Strickkleider, Lederjacken etc.**

In besten Qualitäten und vorzüglicher Verarbeitung haben wir so

bedeutend herabgesetzt

daß Sie durch Ihre Einkäufe bei uns

gewaltige Ersparnisse

erzielen.

Wir wollen es unter **allen Umständen** vermeiden,
irgend welche Ueberreste unserer jetzigen Bestände in
unser erweitertes Geschäftslokal wieder zurückzuführen

Modehaus Sachs
Mannheim *Mannheim*

vorübergehend **P 6, 20.**